



Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des nordrhein-westfälischen Landtages am 01. Februar 2023

27. Januar 2023

NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik die Wende schaffen

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/1692

Ausgangssituation / Lage der Energieintensiven Industrie:

Der vorliegende Antrag der Fraktion der SPD verweist auf die Wachstumszahlen des 3. Quartals 2022 des Ifo-Instituts. In der angesprochenen Untersuchung wird darauf verwiesen, dass die Differenzen bei der Wachstumsschätzung einzelner Bundesländer im besonderen Maß auf die jeweilige Branchenverteilung zurückzuführen seien. Aus der Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens ergibt sich folglich eine besondere Betroffenheit. In Folge des Überfalls Russlands auf die Ukraine stiegen die Preise für Strom und Gas grundsätzlich massiv in Deutschland und Europa an. Durch verschiedene Maßnahmen und Ereignisse sowie die Ungewissheit hinsichtlich der Versorgungssicherheit während des nahenden Winters, stiegen die Preise spezifisch im 3. Quartal des vergangenen Jahres besonders schnell an.

Der steigende Kostendruck traf insbesondere Unternehmen der Grundstoffindustrie, der Metallherstellung sowie weiterer verarbeitender energieintensiver Branchen. Dem massiven Preisschock konnte oft nur mit einer Drosselung der Produktion begegnet werden. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass durch den hohen Kostendruck neben der reinen Produktion auch andere Unternehmensbereiche Einsparungen vornehmen mussten oder einzelne Projekte vorerst vertagt wurden. Zu nennen wären hier sowohl neue Investition sowie Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

In Kenntnis der wirtschaftlichen Struktur und der industriellen Basis des Bundeslandes können die intensiven Auswirkungen der hohen Energiekosten auf die Wirtschaftstätigkeit daher kaum überraschen. Für besonders exportorientierte Unternehmen, welche auf dem Weltmarkt mit Wettbewerbern aus Regionen mit deutlich geringeren Energiekosten konkurrieren, ist die Situation noch intensiver verschärft worden.

Der VIK empfiehlt in Anbetracht dieser Ausgangslage folgende Maßnahmen.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen:

Um der aktuell äußerst kritischen Situation begegnen zu können, ist zuallererst eine Unterscheidung zwischen einer akuten Krisenhilfe und einer langfristigen Unterstützung der industriellen Transformation notwendig.

1. Kurzfristige Krisenintervention:

Kurzfristig sollten unverschuldet in Not geratene Unternehmen, insbesondere mittelständische Betriebe, bei der Bewältigung der enormen Preissteigerungen unterstützt werden. Eine Abfederung dieses kurzfristigen Preisschocks ist hier dringend anzuraten. In den letzten Monaten konnten die Auswirkungen von Produktionsstopps auf nachgelagerte Teile der Wertschöpfung genau beobachtet werden. Als Beispiel wäre hier der kurzfristige Mangel an Ad-Blue, Kohlen- oder Salzsäure zu nennen.

Mit Sorge schaut der VIK e.V. in diesem Zusammenhang auf die Umsetzung der Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme. Sollten insbesondere Unternehmen der Grundstoffindustrie die Preisbremsen nicht in Anspruch nehmen können, ist eine Weitergabe der erhöhten Preise durch die gesamte Lieferkette zu erwarten. Die erhoffte Entlastung bliebe somit aus und Verbraucher sowie Exporteure müssten die hohen Kosten tragen. Die Gefahren für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sind enorm.

2. Langfristige Transformation:

Für eine langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des hiesigen Industriestandorts in Nordrhein-Westfalen und in Gesamteuropa, ist ausreichend **günstiger und „grüner“ Strom** für die Industrie nötig.

Die in allen Bereichen angestrebte Klimaneutralität führt zu einer erweiterten Elektrifizierung. Diese Entwicklung wird zu einem weiter steigenden Bedarf an Strom seitens der Industrie (und auch bei den privaten Haushalten) führen. Die Bedeutung von wettbewerbsfähigen Preisen und einer großen Versorgungssicherheit wird somit weiter zunehmen.

Ein Industriestrompreis, im Sinne der Zurverfügungstellung von Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen, wird ausdrücklich durch den VIK e.V. unterstützt. Allerdings ist vor einseitigen Markteingriffen, wie vor starren Preisdeckeln zu warnen. Diese können zu unkalkulierbaren Verwerfungen an den Energiemärkten führen.

Wie durch den VIK gefordert, wird aktuell ein Konzept des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz evaluiert. Dabei soll ein Industriestrompreis möglichst nahe an den Stromgestehungskosten (LCOE - *Levelized Cost of Electricity*) für Windenergie auf See erreicht werden. Weitere Anforderungen an das Konzept sind eine geringe Komplexität und keine direkten Förderkosten für den Staat. Die Grünstrombeschaffung von Erneuerbare-Energien-Erzeugern über Contracts for Difference (CfDs) als Grünstromvermarktung an die Industrie weist einen gangbaren Weg in die richtige Richtung. Der Staat übernimmt in der Rolle als „Market-Maker“ die Ausfallrisiken und koordiniert Angebot und Nachfrage.

In einem solchen Industriestrommodell sind Contracts for Difference (CfDs) den sogenannten Power Purchase Agreements (PPAs) vorzuziehen. Erstere sind günstiger und zeichnen sich durch niedrigere Kapitalkosten aus. CfDs lassen sich zudem leichter auch von KMU stemmen und über den Staat als Market-Maker vermitteln. Sie sind damit besser geeignet den notwendigen schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzutreiben und ermöglichen eine breite Beteiligung deutscher Unternehmen.

An dem aktuell diskutierten Industriestromkonzept ist allerdings der Zeitplan kritisch zu betrachten. Der Ausbau ist in diesem Bereich aus Sicht der energieintensiven Industrie zu langsam und die vorgesehenen Strommengen sind zu gering. Die bis 2030 neu installierte Leistung würde nur einen Teil des Strombedarfs der Industrie decken. Allein energieintensive Branchen verbrauchen in Deutschland über 100 TWh Strom pro Jahr. Alle möglichen Ausbaupotenziale müssen daher geprüft werden. Sollte hier maximal ein Bruchteil der notwendigen Leistung abdecken werden können, riskieren wir die Zukunft des Wirtschaftsstandortes.

Neben der benötigten Strommenge ist der Zeitpunkt kritisch. Die geplanten Anlagen stehen zu spät bereit – die früheste Inbetriebnahme der Offshore Anlagen sind im BMWK-Modell von 2029 bis 2030 geplant. Bis 2030 sollte der Strompreis aber ohnehin aufgrund des Zubaus Erneuerbarer Energien nahe an den Gestehungskosten solcher Anlagen liegen. Die im Industriestrompreis angedachten und im Voraus per CfD verhandelten Preise, könnten bis 2030 höher liegen als am regulären Markt. Für die Grundstoffindustrie wäre eine Unterstützung zur Überbrückung der Preise nachdem Auslaufen aktueller Preisbindungen bis spätestens Ende 2024 bis 2029 notwendig.

3. Politische Unterstützung der Transformation:

Um die Industrie, insbesondere die in Nordrhein-Westfalen, zu unterstützen, bedarf es eines breiten wirtschaftspolitischen Maßnahmenkatalogs. Um die Klimaneutralität der Herstellungsprozesse voranzutreiben, sind hohe Investitionen seitens der Industrie notwendig. Hier bedarf es der Schaffung richtiger Investitionsanreize. Eine Grundvoraussetzung für diese Investitionen stellt eine langfristige Planungssicherheit dar. Der Bürokratieaufwand muss verringert werden und die Genehmigungsverfahren für innovative Industrieanlagen oder für den Ausbau erneuerbarer Energie und kohlenstoffarmer Stromproduktion müssen weiter beschleunigt werden. Insgesamt muss ein Investitionsklima geschaffen werden, welches einen Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung im notwendigen Ausmaß ermöglicht.

Die weitere Förderung der Verwendung von Wasserstoff muss vorangetrieben werden. Hierbei muss der stofflichen Verwendung des Wasserstoffes ein klarer Vorrang eingeräumt werden. Das bedeutet: Wasserstoff sollte anfangs vor allem in der Produktion von bspw. Stahl eingesetzt werden. Diese Priorität sollte gegenüber einer Verwendung in Kraftwerken klar betont werden.

Auf den Ausbau der Infrastruktur ist ebenfalls ein besonderes Augenmerk zu legen. Dies betrifft sowohl den Ausbau der Strom- und Wasserstoffnetze als auch die Schaffung eines Transportnetzes zum Transport von CO₂. Die geplante CO₂-Managementstrategie des Bundes sollte durch die Förderung entsprechender Investitionen in Anlagen und Forschung und Entwicklung von der Landesebene flankiert werden.

Wie in allen Branchen ist auch der Energiesektor vom Fachkräftemangel betroffen. Besonders im Hinblick auf den geplanten EE-Ausbau muss hier schnell gegengesteuert werden. Die Erhöhung der Ausbauziele sorgt nicht automatisch für mehr Anlagen zur Stromerzeugung. Hier müssen schnellstmöglich alle Hebel für eine wettbewerbsfähige und gesicherte Energieversorgung in Bewegung gesetzt werden.

Der VIK ist seit 75 Jahren die Interessenvertretung industrieller und gewerblicher Energienutzer in Deutschland. Er ist ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband mit Mitgliedsunternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen, wie etwa Aluminium, Chemie, Glas, Papier, Stahl oder Zement. Der VIK berät seine Mitglieder in allen Energie- und energierelevanten Umweltfragen. Im Verband haben sich etwa 80 Prozent des industriellen Stromverbrauchs und rund 90 Prozent der versorgerunabhängigen industriellen Energieeinsatzen und rund 90 Prozent der versorgerunabhängigen Stromerzeugung in Deutschland zusammengeschlossen.